

"Neues aus Berlin"



Newsletter von MdB Sarah Lahrkamp

Nach der Sommerpause geht es von Anfang an mit den Sitzungswochen weiter: Wir hatten volles Programm! Hier berichte ich, was im September 2022 alles passiert ist.

Themen:

- Das dritte Entlastungspaket
- Meine Rede im Bundestag
- Kiko-Vernetzungstreffen
- Kiko-Sitzung zu Kinderarmut und Bildung
- Auf dem Podium von UNICEF
- Nürnberger Armutskonferenz
- ZEIT Doktor Sprechstunde



"Neues aus Berlin"

Das dritte Entlastungspaket: Was ist drin?

Wir haben in den letzten Wochen viel für die Bürger*innen erreicht. Mit insgesamt drei Entlastungspaketen in Höhe von fast 100 Milliarden Euro unterstützen wir gezielt kleine und mittlere Einkommen durch steuerliche Maßnahmen sowie durch Direkt- und Einmalzahlungen.

Gehaltserhöhung für Millionen Beschäftigte:

Der Mindestlohn steigt auf 12 Euro

Darauf sind wir besonders stolz, denn es ist eine Frage des Respekts. Zum 1. Oktober trat eines der zentralen Versprechen der Sozialdemokratie in Kraft: Der Mindestlohn steigt nun auf 12 Euro pro Stunde.

Besonders Ostdeutsche, Frauen und Beschäftigte in Branchen mit schwacher Tarifbindung profitieren davon. Der Mindestlohn ist eine Erfolgsgeschichte, weil er vor allem Menschen mit geringen Einkommen hilft, die Kaufkraft stärkt und Armut reduziert. Der Mindestlohn ermöglicht, dass alle von ihrer Arbeit leben können. Zugleich kämpfen wir weiter für höhere Löhne, mehr Tarifbindung, familienfreundlichere Arbeitsbedingungen und betriebliche Mitbestimmung.

Dass mir der Mindestlohn richtig gute Laune macht, seht ihr hier im [Video](#).

Wohngeld Plus unterstützt künftig mehr Bürger*innen mit mehr Geld

Um Geringverdienende, Familien und Rentner*innen künftig dauerhaft besser zu unterstützen, kommt mit dem 1. Januar 2023 das neue „Wohngeld Plus“: Mit dieser größten Wohngeldreform seit 57 Jahren werden künftig zwei Millionen Haushalte statt lediglich 600.000 Haushalte vom Wohngeld profitieren. Das Wohngeld wird im Schnitt von 180 auf 370 Euro steigen. Gleichzeitig wird im Zuge der Reform eine dauerhafte Heizkostenkomponente eingeführt, welche die Energiekostensteigerungen auffangen soll. Erstmals wird auch eine Klimakomponente eingeführt, die Klimaschutzmaßnahmen im Bestand und Neubau auf das Wohngeld anrechnet.



"Neues aus Berlin"

Das dritte Entlastungspaket - Was ist drin?

Neuer Abwehrschirm mit Gaspreisbremse: 200 Millionen Euro

Im letzten Jahr sind wir Sozialdemokrat*innen bei der Bundestagswahl angetreten für mehr soziale Politik. Jetzt, mitten in dieser schweren Krise, halten wir unser Versprechen. Russland setzt im Krieg gegen die Ukraine Energie als Waffe ein. Dies führt zu steigenden Energiepreisen in ganz Europa. Um gut durch diesen Winter zu kommen, haben wir dafür gesorgt, dass

- die Gas-Speicher nun zu mehr als 90 Prozent gefüllt sind
- die Kohlekraftwerke wieder ans Netz gehen
- Terminals für Flüssiggas in Rekordzeit installiert werden
- Energie-Lieferverträge mit anderen Ländern beschlossen werden.

Das ist gut so, doch die Energiepreise sind derzeit viel zu hoch. Sie belasten viele Bürgerinnen und Bürger sowie unsere Wirtschaft. Sie werden weiter steigen. Deshalb steht für uns fest: Die Energiepreise müssen sinken und die Bürger*innen entlastet werden. Dafür sorgen wir jetzt:

- mit einem 200 Milliarden Euro starken Abwehrschirm werden die steigenden Energiekosten abgedeckt
- neben der Strompreisbremse wird die Bundesregierung schnellstmöglich eine Gaspreisbremse einführen
- die Gasumlage entfällt

[Brief von Olaf Scholz zum Abwehrschirm](#)



"Neues aus Berlin"

Meine Rede im Deutschen Bundestag: Wir lassen Familien nicht alleine!

Von Krisen wie Corona und den aktuellen Preissteigerungen in Folge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine sind Familien besonders stark betroffen. Ich habe im Plenum des Deutschen Bundestages im Zuge der Grundsatzdebatte zum Haushalt 2023 kürzlich darüber gesprochen, wie wir Familien kurzfristig entlasten und dauerhaft stärken wollen.

Gerade Familien sorgen sich angesichts der aktuellen Krisen und der steigenden Inflation. Viele fragen sich derzeit zu recht: „Wie heize ich meine Wohnung, wie bezahle ich den Wocheneinkauf, wie die Klassenfahrt oder die Tankfüllung?“ In meiner Rede habe ich daher die finanziellen Entlastungen wie die Kindergelderhöhung um 18 Euro, die Wohngeldreform wie auch den Mindestlohn herausgestellt. Finanzielle Entlastungen sind wichtig, aber nicht weniger wichtig sind Entlastungen bei der Sorgearbeit, um für mehr Gleichstellung zu sorgen. Daher bin ich in meiner Rede auch auf ein wichtiges Vorhaben dieser Wahlperiode eingegangen: dem sog. Partnerschaftspaket. Geplant ist hier den Partner, meist der Vater, für 14 Tage nach der Geburt des Kindes freizustellen, damit er die Mutter in dieser besonderen Phase rund um die Uhr unterstützen kann und die Bindung an das Kind von Anfang an gestärkt wird. Abgerundet werden soll das Ganze durch einen dreimonatigen Kündigungsschutz ab sieben Monaten Elternzeit. Das alles muss nun noch in die entsprechenden Gesetze eingepflegt werden, daher ist zu dem jetzigen Zeitpunkt noch nicht klar, ab wann das Partnerschaftspaket greifen wird.

Meine Rede als [Video](#)



"Neues aus Berlin"



Die Kinderkommission im Deutschen Bundestag: Vernetzungstreffen der Länder

"Gemeinsam für die Belange unserer Kinder und Jugendlichen" – das war der Tenor, der die Stimmung des Auftakttreffens der Kinderkommissionen und Kinderbeauftragten der Länder am 21. September im Deutschen Bundestag am treffendsten beschreibt. Als Vorsitzende der Kinderkommission im Deutschen Bundestag bin ich richtig stolz darauf, dass wir uns alle in diesem Rahmen erstmalig persönlich kennengelernt haben, um uns gegenseitig ein Update über die Aktivitäten der Kinderkommissionen der einzelnen Bundesländer zu geben.

Die Palette der besprochenen Themen, die unter dem Leitthema „Kinder in Krisen“ stand, reichte beispielsweise von den Auswirkungen der Corona-Krise und den aktuellen Energiepreisteigerungen auf Kinder und Jugendliche bis hin zur Beteiligung von Kindern an politischen Gestaltungsprozessen. Viele „Kinderthemen“ sind zugleich Bildungs- und auch Infrastrukturthemen, weswegen es so wichtig ist, dass die Länder sich gemeinsam mit dem Bund den aktuellen Herausforderungen stellen. Alle Themen wurden selbstverständlich aus dem Blick der Kinder „gedacht“. Ich freue mich sehr, dass das Vernetzungstreffen bei allen Ländervertreter*innen so auf Anklang gestoßen ist.



"Neues aus Berlin"



Sitzung der Kinderkommission zu Kinderarmut und Bildung

„Kinderarmut?“ Ja, richtig gelesen. Sie muss selbst in einem entwickelten Land wie Deutschland als Dauerkrise bezeichnet werden. So die Diagnose der drei Sachverständigen im jüngsten öffentlichen Expertengespräch der Kinderkommission des Deutschen Bundestages (KiKo) zum Thema „Kinderarmut und Bildung“.

In dieser Sitzung wurde auch deutlich, dass die Chancen der Kinder und Jugendlichen weiterhin vom Bildungsgrad und der finanziellen Situation der Eltern abhängen. Vor allem Kinder mit formal gering gebildeten Eltern wiesen ein deutlich höheres Armutsrisiko auf. Ferner würden die chancenmindernden Lebensverhältnisse oft von Generation zu Generation weitergegeben werden, konstatierten die beiden Vertreterinnen vom Deutschen Jugendinstitut und vom Institut für Sozialpädagogik und Sozialarbeit. Alle Sachverständigen waren sich bei einer Sache einig: Politik und Gesellschaft sollten Kindern aus bildungsfernen Familien mehr Aufmerksamkeit schenken und ihnen eine qualitativ hochwertige Betreuung und zusätzliche Bildungsangebote möglichst schon im Vorschulalter schenken.



"Neues aus Berlin"



Auf dem Podium von UNICEF:

Gemeinsam für Kindeswohl und Kinderrechte in Krisenzeiten

„Wie steht es um die Kinder- und Jugendlichen in Deutschland heute?“, mit dieser Frage wurde ich auf der Podiumsdiskussion von UNICEF begrüßt. Keine leichte Frage, denn viele globale Krisen, die wir derzeit erleben, setzen unseren Kindern und Jugendlichen mental ungemein zu. Daher trug die Veranstaltung von UNICEF, in gemeinsamer Kooperation mit dem Deutschen Jugendinstitut und dem Netzwerk Kinderrechte, auch den Titel „Kindeswohl und Kinderrechte in Krisenzeiten – Corona, Ukraine-Krieg und Cyberspace“. Die Themenauswahl von UNICEF kann ich nur unterstreichen: Es ist ungemein wichtig, dass wir uns in dieser weltweiten Krisenlage um das Wohlbefinden unserer Kinder sorgen und ihnen Zeit, Gehör, Beratung – und im Idealfall auch mehr Rechte – verschaffen.

So war es für mich auch eine ungemeine Bereicherung, dass uns die drei jugendlichen Vertreter der National Coalition, vom UNICEF-Jugendbeirat und von Fridays für Future auf dem Podium, uns Politikerinnen – Ekin Deligöz, Parlamentarische Staatssekretärin im Familienministerium und mir – ihre Sorgen und auch Handlungsempfehlungen mit auf den Weg gaben. Die Bandbreite reichte von Punkten wie „mehr Partizipationsmöglichkeiten in der Politik“ über „bessere Integration von Geflüchteten“ wie auch „mehr psycho-soziale Betreuung für Kinder und Jugendliche“.



"Neues aus Berlin"

Zu Gast bei der 5. Nürnberger Armutskonferenz: Die Herausforderung der Kindergrundsicherung

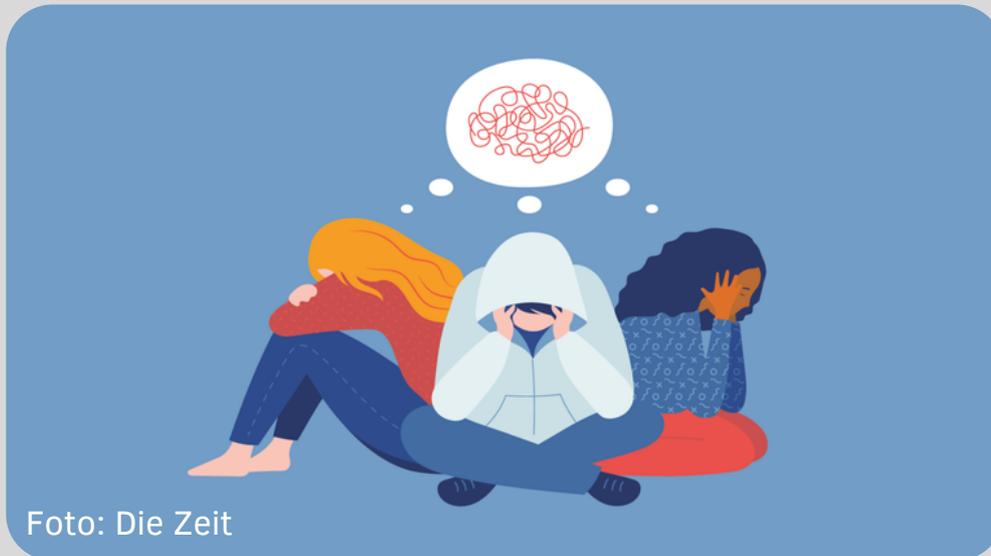
Seit dieser Wahlperiode bin ich Berichterstatterin für eines der wichtigsten Gesetzesvorhaben dieser Legislaturperiode: der Kindergrundsicherung. Man mag es kaum glauben, doch in Deutschland ist jedes fünfte Kind arm. Mit der Kindergrundsicherung wollen wir besonders einkommensschwache Familien bzw. Familien in besonderen Lebenslagen noch besser unterstützen. Die Leistung soll automatisch ausgezahlt werden. Vor allem die familienpolitischen Leistungen wie Kindergeld, Kinderzuschlag, Kindersofortzuschlag, Sozialgeld für Kinder und Teile des Bildungs- und Teilhabepakets sollen daher zu einer einzigen Leistung gebündelt werden.

Die Grundidee des Konzepts befürworte ich sehr: So soll sich die Kindergrundsicherung aus einem einkommensunabhängigen Garantiebetrug und einem einkommensabhängigen Zusatzbetrag zusammensetzen. Das hört sich alles erstmal toll an, doch leider entstehen im Zuge der Bündelung der Leistungen viele, noch offene Schnittstellen wie z. B. im SGB II und den Wohnkosten, beim Unterhalt oder im Steuerrecht. Sechs Ministerien sind daher in den nächsten zwei Jahren an der Ausarbeitung des Referentenentwurfs aus dem Familienministerium beteiligt.

Diese Komplexität und die Vielzahl der offenen Fragen macht die Kindergrundsicherung insbesondere beim Fachpublikum zu einem spannenden Diskussionsgegenstand. Die Perspektiven und die Erwartungen der Politik an der Kindergrundsicherung habe ich daher auf der Nürnberger Armutskonferenz dargestellt und viele anregende Impulse wie auch Einblicke in die Praxis seitens des Fachpublikums für meine Arbeit in Berlin erhalten.



"Neues aus Berlin"



Die "ZEIT DOCTOR Sprechstunde": So steht es aktuell um Kinder und Jugendliche in Deutschland

An dieser Stelle möchte ich auch von meinem Termin kürzlich in der digitalen „ZEIT DOCTOR Sprechstunde“ berichten: Im Rahmen dieses interessanten Formats habe ich mit einem Schülervertreter und einem Professor für Kinder- und Jugendpsychologie darüber gesprochen, wie sehr die Krisen unserer Zeit Kinder und Jugendliche belasten. In diesem Gespräch standen besonders Schulen und Familien als die Orte im Fokus, an denen psychische Probleme erkannt werden und an denen gleichzeitig auch vorbeugende Maßnahmen ansetzen können. Als Beispiele wurden die Stärkung der Schulsozialarbeit und Fortbildung der Lehrer einerseits sowie finanzielle Stärkung der Familien und mehr Zeit für Kinder genannt. Dringend erforderlich ist auch eine neue Bedarfsplanung für die Versorgung von Kindern und Jugendlichen mit psychischen Erkrankungen.

Was ich persönlich richtig gut fand: Es war allen Beteiligten ein Anliegen, Schulen und Familien bei der Erkennung und Behandlung psychischer Probleme zu stärken. Nicht jedes dieser Anliegen kann auf Bundesebene angegangen werden. Doch auch diese Anliegen gebe ich gerne an die Länder weiter.